

„Österreichs Staatschef unterstützt rechtsextreme Idee, Bargeld in der Verfassung zu verankern“, lautet die [Überschrift](#) der Nachrichtenagentur Reuters, einer der weltweit größten Nachrichtenagenturen. („Austrian leader backs far-right idea of enshrining cash in constitution“).

express.at [kommentiert](#) die Meldung „Man reibt sich verwundert die Augen: Unter dem Begriff „Rechtsextremismus“ werden ultranationalistische, faschistische, neonazistische oder neofaschistische Ideologien zusammengefasst. Dass die Forderung nach einer Verankerung des Bargelds in der Verfassung plötzlich als rechtsextrem gilt, ist neu.“

Die Österreicher gehören zu den bargeldliebendsten Nationen in der Eurozone, sagt Reuters. „In Krisenzeiten, wie dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie, sind sie zu den Banken gestürzt und haben zu Hause Bargeld gehortet. Viele Touristen sind verblüfft, wenn sie feststellen, dass einige Restaurants und Cafés keine Kartenzahlung akzeptieren.“

Der Spiegel [hebt](#) ebenso wie Reuters die wiederholten Beteuerungen der Oesterreichischen Nationalbank hervor, dass die Abschaffung des Bargeldes nicht geplant sei und das Recht auf Bargeld und die Freiheit, anonym zu bezahlen, für nicht gefährdet hält.

Laut Spiegel werden nach Angaben der österreichischen Nachrichtenagentur APA 70 Prozent der Transaktionen noch immer mit Bargeld getätigt. Der EU-Durchschnitt liegt bei 59 Prozent.

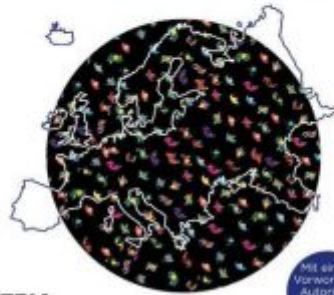


Werbung

DOUGLAS MURRAY

DER SELBSTMORD EUROPAS

IMMIGRATION, IDENTITÄT, ISLAM



FBV
VERLAG TICHYS EINBLICK

Mit einem
Vorwort des
Autors für
die deutsche
Ausgabe